SCHWEIZER QUALITÄT

SVP

Die Partei des Mittelstandes

Sonderausgabe zu den kantonalen Wahlen vom 31. März 2019

SVP Kurier

Mit Übersicht aller SVP-Kantonsrats-Kandidaten aus dem Wahlkreis Luzern-Stadt

Infos über die SVP Kanton Luzern:

www.svplu.ch

Darum stelle ich mich wieder zur Wahl 3

Botschaft aus der Regierung 4

Aus Ihrem Wahlkreis 5

Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis.

Liebe Wählerinnen und Wähler

Wir wollen die Wahlen gewinnen. Mit dieser Aussage bin ich nicht überheblich, sondern überzeugt, dass es mehr SVP braucht. Die SVP ist die einzige Partei, welche sich gestern, heute und morgen für die Interessen unserer Heimat einsetzt. Die Erfolgssäulen unseres Landes sind Freiheit, Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus – und diese gilt es mit aller Macht zu verteidigen.

Zu oft wird der Volkswille in der Schweiz ausgehebelt: Initiativen werden nicht umgesetzt und fremde Richter sollen das letzte Wort haben. Ohne die Selbstbestimmungsinitiative der SVP wäre das EU-Rahmenabkommen und der UNO-Migrationspakt in der Bevölkerung nie diskutiert und allenfalls schon unterzeichnet worden. Zu guter Letzt würde die automatische Rechtsübernahme Einzug halten. Unsere Demokratie ist in Gefahr. Für die Lösung unserer Probleme brauchen wir eigene Gesetze.

Die SVP steht für Verlässlichkeit. Die SVP verfolgt eine konsequente Politik – nicht nur vor den Wahlen. Unser Wahlkampf unter dem Slogan «frei bleiben» soll deshalb für das stehen, wofür wir uns in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft einsetzen.

Mit «frei bleiben» wollen wir unser Sozialsystem verteidigen, eine selbstbestimmte Zuwanderung garantieren und eine florierende Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen ermöglichen. Wir wollen unser duales Bildungssystem erhalten und einer Jugendarbeitslosigkeit, wie sie in ganz Europa Fuss gefasst hat, entgegenwirken. Missbräuche im Sozial- und Asylwesen sollen nachhaltig bekämpft werden.

«Frei bleiben» heisst auch Sicherheit auf den Strassen und weniger Kriminalität.

Wir wollen eine produzierende Landwirtschaft, ein gesundes Gewerbe und eine vielfältige Industrie. Dazu braucht es eine konsequente Finanzpolitik und Rahmenbedingungen, die ein gesundes Wachstum zulassen. Wir wollen keine überfüllten Bahnhöfe und Staus auf den Strassen. Der öffentliche und der individuelle Verkehr sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

In erster Linie sind wir eine Volkspartei. Wir hören zu und nehmen die Anliegen unserer Wählerinnen und Wähler sehr ernst. Um unserer Politik gerecht werden zu können, benötigen wir kompetente Politikerinnen und Politiker, für die das Allgemeinwohl an erster Stelle steht und somit auch die Elemente gemäss unserem Parteiprogramm. Wir sind in der Lage, Ihnen eine Vielzahl von Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen zu können.

Wir danken Ihnen, wenn Sie mit der Liste 2 wählen und in Ihrem Umfeld zur Wahl mobilisieren. Wollen Sie, dass das Erfolgsmodell Schweiz weiterhin gedeiht? Dann gehen Sie an die Urne und legen Sie die Liste 2 ein. Wir und die nächste Generation danken Ihnen.

Ihre Präsidentin, Angela Lüthold

SVP Kurier im Gespräch mit Wahlkampfleiter Fredy Winiger

Das Ziel ist, stärkste Fraktion zu werden

In wenigen Wochen sind die Regierungs- und Kantonsratswahlen. Wie ist die SVP im Kanton Luzern aufgestellt?

Nach wie vor stehen im Kantonsrat 120 Sitze zur Verfügung. Wir von der SVP versuchen mit möglichst vielen Kandidatinnen und Kandidaten und einer guten Durchmischung von Berufsgattungen und Altersgruppierungen eine breite Bevölkerung anzusprechen. Mit der Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten sind wir auf dem richtigen Weg dazu.

Was für Erwartungen hat die Wahlkommission, was sind die Ziele bei den Kantonsratswahlen?

Wir wollen an Sitzen zulegen, das ist und muss unser Ziel sein.

Es heisst, die SVP wolle die wählerstärkste Partei werden. Die FDP möchte die SVP hinter sich lassen und die CVP kämpft, um die politische Macht in Luzern zu behalten.

Ich hätte nichts dagegen, wenn die FDP hinter der SVP die zweitstärkste Partei im Kanton Luzern wird.

Die SVP hatte noch nie so viele, vor allem auch junge, Kandidaten. Wird die Politik wieder attraktiv oder an was liegt dieser Zulauf?

Die Suche nach Kandidaten ist die Arbeit der Wahlkreise und Ortsparteien. Es ist erfreulich, wie viele junge Leute sich zur Wahl stellen. Dies kommt nicht von ungefähr. Die Ortsparteien haben über Jahre tolle Arbeit geleistet und eine junge, interessierte Generation eingebunden.

Spannend auch die Regierungsratswahlen. Unbestritten scheinen die bisherigen Regierungsmitglieder. Die FDP wird ihren Sitz wohl verteidigen. Die Frage stellt sich wohl: bewährter parteiloser Finanzchef oder Konkordanz und eine linkssoziale Kraft in der Regierung?

Die FDP wird ihren Sitz verteidigen können. Da sich der parteilose Marcel Schwerzmann wieder zur Wahl stellt, wird auch er wiedergewählt. Die SVP wird Schwerzmann nicht bekämpfen, weil er über Jahre eine solide bürgerliche Finanzpolitik betreibt.

Die SVP setzte sich immer für die Konkordanz ein. Dies wurde leider selten von den anderen Parteien unterstützt. Heute haben wir mit Paul Winiker zusammen eine bürgerliche Regierung. Diese Konstellation unterstützen wir und sind überzeugt, dass die bürgerliche Zusammensetzung den Kanton weiterbringen wird.

Wie stimmt der SVP-Wähler richtig ab? Was empfiehlt die Parteileitung?

Die SVP wird eine eigene Liste mit Paul Winiker herausgeben. Das Ziel muss sein, dass er im ersten Wahlgang gewählt wird. Um dies zu erreichen, muss unser Wähler diese Liste in die Urne oder in das Wahlcouvert legen.

Was für Aktivitäten dürfen Luzerner Bürgerinnen und Bürger bis zu den Wahlen noch erwarten?

Die Wahlkreise planen verschiedene Aktivitäten wie Standaktionen, Tour der Wahlkreise usw., ganz unter dem Motto «Die SVP geht zum Volk». Wir suchen den Kontakt und das Gespräch mit der Bevölkerung und wollen ihr unsere Politik erklären.

Eine Politik aus Überzeugung und Leidenschaft, welche die Werte des Kantons und der Schweiz sichert.

Regierungsrat Paul Winiker:

«Ich setze mich mit voller Kraft für diese Herkulesarbeit ein!»

Darum stelle ich mich wieder zur Wahl
In den vergangenen Jahren ist es mir gelungen, zahlreiche nachhaltige Zukunftsprojekte zugunsten unseres schönen Kantons einzuleiten. Zum Beispiel die Lancierung eines neuen Polizeistützpunktes in Rothenburg, die neue Ausrichtung des Zivilschutzzentrums Sempach verbunden mit Sanierungen und Umbauten der Infrastrukturen, der Start von militärischen Orientierungstagen für Frauen im Sinne eines Pilotprojektes und die Projektierung für die Erneuerung des Gefängnis Wauwilermoos. Diese Aufzählung umfasst jedoch nur einen bescheidenen Ausschnitt all jener Projekte, welche jetzt im Aufbau begriffen sind.
Es sind indessen Projekte, welche viel Zeit, ein intensives Engagement und eine starke Führung benötigen. Deshalb möchte ich die begonnenen Arbeiten weiterführen. Gerne setze ich mich in den kommenden vier Jahren mit aller Kraft für diese Herkulesarbeit ein.

«Nur mit einem gesunden Finanzhaushalt ist es möglich, die Sicherheit, meine Aufgabe in der Regierung, nachhaltig zu garantieren.» *Paul Winiker, Regierungsrat*

Luzern braucht Kontinuität und eine starke Regierung

«Luzern braucht eine starke Regierung.» Mit dieser Aufforderung bin ich 2015 als Herausforderer bei den Regierungsratswahl angetreten. Dass dies nicht blosse Wahlwerbung war, zeigte sich sehr bald nach meinem Amtsantritt.

Kurz nach Beginn der Legislatur sah sich die Regierung mit einem massiven Einbruch der Einnahmen aus dem nationalen Finanzausgleich (NFA) konfrontiert. Dadurch öffnete sich ein Defizit, welches der gesetzlichen Schuldenbremse meilenweit widersprach. Es brauchte eine «starke Regierung», welche den absehbaren politischen orkanartigen Winden standhalten konnte. Nicht nur klassische Sparmassnahmen kamen auf das Tapet, notwendig waren auch eine scharfe Analyse der Abläufe in der Verwaltung und Optimierungsmassnahmen.
Durch die Ablehnung der Steuererhöhung durch das Volk kam der Finanzhaushalt noch zusätzlich unter Druck. Diese besondere Situation verlangte besondere Massnahmen, welche von der Regierung ein ausgesprochen starkes Stehvermögen verlangten. Aus heutiger Sicht darf ich feststellen, dass sich die konsequente Umsetzung dieser Massnahmen gelohnt hat. Besonders auch aus der Sicht meines Departementes. Zum Beispiel die Aufhebung der Dienststelle Gemeinden, verbunden mit der Reduktion von Aufgaben und Stellen, Kürzungen von Pensen im Departementsstab, Neupositionierungen im Strafvollzug, verbunden mit der Optimierung der Wertschöpfung bei der JVA Wauwilermoos durch die neugeschaffene Fleischverarbeitung. Ebenso konnten wir den Gebührenbezug Luzerner Polizei optimieren, etwa mit der Kostenbeteiligung der Organisatoren bei Einsätzen von Veranstaltungen.

Wohl ist die Finanzlage nach wie vor angespannt. Doch am Horizont sind Silberstreifen sichtbar. Wenn wir den nun eingeschlagenen Kurs beibehalten, und dafür stehe ich fest entschlossen ein, so werden sich bald wieder ausgeglichene Rechnungen einstellen. Denn nur mit einem gesunden Finanzhaushalt ist es möglich, die Sicherheit, meine Aufgabe in der Regierung, nachhaltig zu garantieren.
Das gilt auch für die Bildung, die Gesundheit und weitere Bereiche. Gerade deshalb braucht es eine starke Regierung. Nicht nur jetzt, sondern auch in den kommenden Jahren.

Stimmen von Persönlichkeiten

Es braucht die SVP dringender denn je. Der Staat wächst uns über den Kopf, die Freiheit nimmt ab und ausser der SVP gibt es keine Kraft, die sich dagegen zur Wehr setzt. Deshalb müssen wir alle an die Urne und SVP wählen gehen.

Felix Müri

Wählen heisst auswählen. Es nützt nichts die Faust im Sack zu machen. Nur wer an der Urne seine Stimme abgibt, hilft mit den Geschicken des Landes eine Richtung zu geben. Deshalb: Wählen Sie SVP. Die Partei, die sich ohne Wenn und Aber für die Unabhängigkeit der Schweiz einsetzt.

Franz Grüter

Die SVP hat auf einen Regierungsratssitz Anrecht. So ist Kontinuität gewährleistet. Deshalb bitte ich Sie alle, sich an den Wahlen zu beteiligen, damit unsere Ansichten auch im Regierungsrat vertreten sind.

Yvette Estermann

Botschaft aus dem Bundesrat

Die Schweiz ist es wert, für sie einzustehen

Sicher haben Sie auch schon jemandem auf einer Weltkarte oder einem Globus die Schweiz zeigen wollen. Wüsste man nicht, wo man sie suchen muss, würde man sie vielleicht gar nicht finden. Denn auf der Karte ist sie nur ein kleiner Punkt.
Das hat einen Teil der Leute in unserem Land schon immer verunsichert und an der Schweiz zweifeln und verzweifeln lassen. Die Geschichte der Pessimisten geht Jahrhunderte zurück, wahrscheinlich ist sie so alt wie die Schweiz selbst.
Ich ziehe daraus gerade den umgekehrten Schluss. Wenn ein so kleines Land über 700 Jahre bestehen kann, während andere Staaten in seiner Nachbarschaft entstehen und wieder untergehen, dann macht dieses kleine Land sehr vieles richtig. Und wenn dieses kleine Land ohne Bodenschätze und ohne Hochseehafen auch noch zu den wohlhabendsten und innovativsten Ländern zählt, dann haben wir ganz offensichtlich ein Staatsmodell gefunden, dem wir Sorge tragen sollten.
Was ist es denn, was unser Land so speziell und so erfolgreich macht?

Freiheit
Die Freiheit wird in unserer Bundesverfassung als Staatszweck genannt. Und sie steht schon ganz am Anfang unserer Geschichte. Im Bundesbrief von 1291 schworen die Urstände einander Beistand in Zeiten der Gefahr und lehnten fremde Richter ab. Das ist der Kern der Schweiz. Über die Zeit hat sich das Verständnis von Freiheit weiterentwickelt und im 19. Jahrhundert gab sich unser Land eine liberale Verfassung. Der Staat soll schlank sein und zurückhaltend, er sollte nur dort ordnend eingreifen, wo es zwingend nötig ist. Die Bürger können sich frei von obrigkeitlicher Bevormundung entfalten, in der Wirtschaft wie auch im Privatleben. Das erwies sich als Erfolgsrezept für Wohlstand und Lebensqualität.

Föderalismus
Die Schweiz ist von unten nach oben aufgebaut. Gemeinden und Kantone spielen bei uns eine wichtige Rolle. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbst, das gibt lebensnahe Lösungen. Mit unserer föderalistischen Ordnung ist es uns gelungen, unsere historische Vielfalt zu einer grossen Stärke zu machen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. In andern Ländern, auch in Europa, sorgen alte, ungelöste Konflikte entlang sprachlicher oder konfessioneller Gräben auch heute immer wieder für ernsthafte Spannungen.

Souveränität
Ein weiterer Grund für unseren Erfolg ist unsere aussenpolitische Zurückhaltung. Gute Beziehungen rund um den Erdball haben bei uns Tradition, sowohl wirtschaftlich wie auch durch unsere Politik der humanitären Guten Dienste. Konsequent haben wir im Gegensatz zu andern immer darauf verzichtet, eine machtpolitische Agenda zu verfolgen. In Konflikten verhalten wir uns neutral. Das hat uns Türen geöffnet sowie Vertrauen und Achtung eingebracht. Gerade in unsicheren Zeiten wie jetzt, in denen die Gegensätze zwischen Grossmächten und Machtblöcken zunehmen, wird unsere bewährte eigenständige, neutrale Aussenpolitik wieder umso wichtiger.

Fazit
Dank unserer freiheitlichen Staatsordnung, unserem Föderalismus und unserer Unabhängigkeit haben wir ein seltenes Mass an persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit, an Lebensqualität und Wohlstand erreicht. Das sollte uns Motivation genug sein, uns für unsere Werte, für unser Erfolgsrezept Schweiz einzusetzen – für uns und für die Generationen, die nach uns kommen!

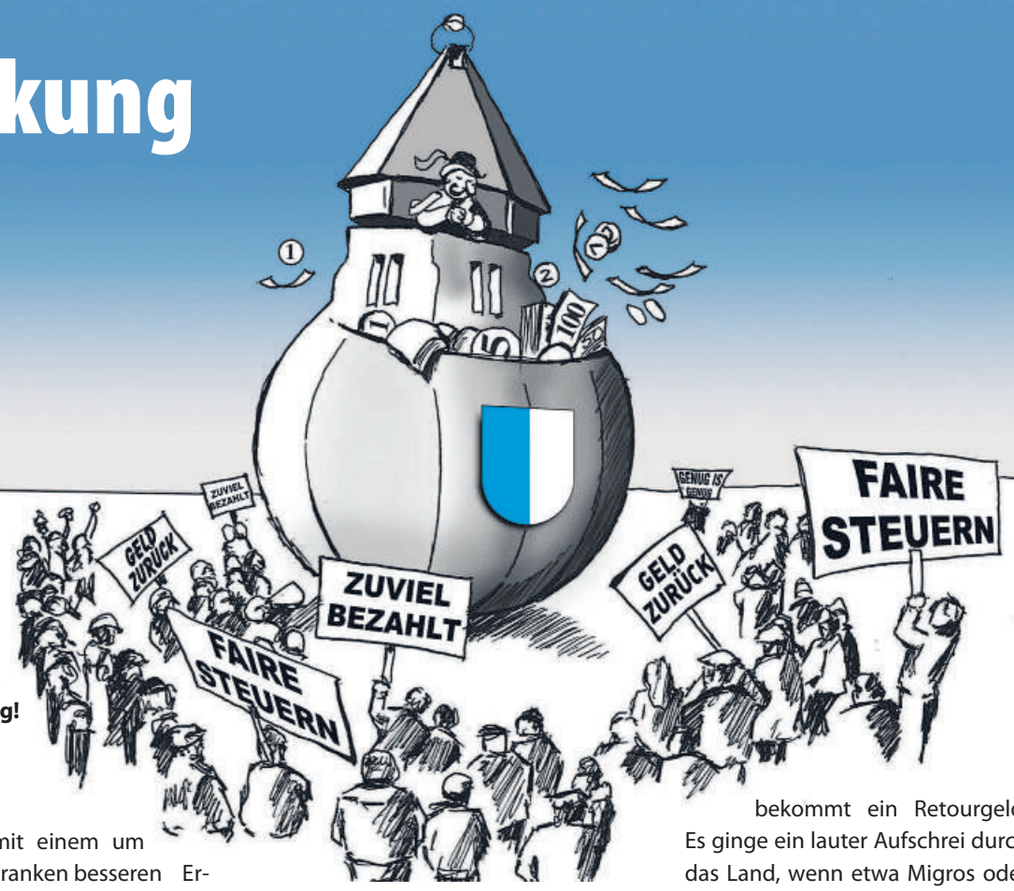
Bundespräsident Ueli Mauer

Wenn SVP draufsteht, ist auch SVP drin!

Ein Wahlversprechen an einem geschichtsträchtigen Ort. So geschehen am Donnerstag, 29. November 2018 bei der Gedenkstätte zu Winkelried in Sempach. Eingefunden haben sich an der Kick-off-Veranstaltung zu den Wahlen 2019 rund 70 Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten.

Begrüsst wurden die Hauptakteure von Wahlkampfleiter Fredy Winiger. Er habe sich lange überlegt, wie man nach so einem «Selbstbestimmungssonntag» Eidgenossen begrüsst. Er komme immer wieder auf den gleichen Leitsatz: «Es braucht mehr SVP!» Gleicher Meinung ist auch Kantonalpräsidentin Angela Lüthold. Für eine Präsidentin sei es ein stolzer Moment, vor so einer starken Mannschaft stehen zu dürfen. «Geht mit grosser Motivation, aber auch mit viel Freude an die Arbeit. Sie leisten einen wertvollen Dienst für unser Land», weiss die Präsidentin.
Er freue sich auf die jungen Wilden, schwärmt der direkt aus Bern kommende Nationalrat Franz Grüter. Es sei beruhigend zu erfahren, dass der Nachwuchs boome. Schwierig sei es hingegen mitzubekommen, wie die Luzerner Ständeräte und somit Kantonsvertreter mit dem Rahmenabkommen und somit mit der automatischen Rechtsübernahme von EU-Recht liebäugeln und sympathisieren. Die SVP habe am 25. November eine Schlacht verloren, gibt Grüter zu. Aber zum Glück finde die Politik nicht nur an einem Wochenende statt. Jetzt sei es wichtig, dass die Partei für die 900 000 Stimmbürger, welche Ja zur Selbstbestimmung sagten, geradestehe. Hätte Biobauer und Hornkuh-Initiant Armin Capaul die Selbstbestimmung lanciert, hätte er als Freiheitskämpfer der Nation gegolten und den Friedensnobelpreis abgeholt, ist sich Grüter schon fast sicher. Schöneres hatte Regierungsrat Paul Winiker aus dem Kanton zu berichten. Nicht nur in der Bildung, Sicherheit und Gesundheit sei Luzern im Ranking weit vorne, sondern auch im Tourismus. Dies haben kürzlich Delegationen aus Tschetschenien und Korea bestätigt. Feierlich wurde am Ende des Abends jeder einzelne Kantonsratskandidat von Vizepräsident Oliver Imfeld auf die Bühne gerufen und mit einer Eid-Urkunde beschenkt.

Steuersenkung jetzt – es reicht!



Es ist kaum zu glauben. Die Stadt Luzern unternimmt keine Sparanstrengungen und erzielt dennoch Überschüsse von ca. 84,3 Millionen Franken in den Jahren 2014–2018. Trotzdem verweigert sie sich einer Steuersenkung!

Es reicht – wann, wenn nicht jetzt sollen die Steuern gesenkt werden! Die links-grüne Stadtregierung behauptet, dass für eine Steuersenkung von einem Steuerzehntel kein Geld vorhanden sei. Der Stadtrat prognostiziert bewusst und willentlich zu tiefe Rechnungsergebnisse. Tatsache ist, dass die Steuererträge in den Jahren 2014 – 2017 um satte 336 % höher waren, als der Stadtrat plante. Und im 2018? Auch im 2018 sprudelten die Steuererträge der Stadt Luzern munter weiter. So musste Stadträtin Franziska Bitzi Staub im «Stadtmagazin», Ausgabe 04/November 2018, S. 8, die Zahlen 2018 offenlegen: «Somit rechnen wir im Moment mit einem um 9 Mio. Franken besseren Ergebnis, also mit einem Rechnungsüberschuss von zirka 14,4 Mio. Franken.» Damit lagen die Rechnungsergebnisse der Stadt Luzern in der Zeit von 2014 bis 2018 321 % über den prognostizierten Zahlen! Die Aufstellung zeigt eindrücklich, dass die Stadt Luzern während Jahren hohe Überschüsse erzielte und dies ohne jegliche Sparprogramme. Die Wahrheit ist weiter, dass die Stadt Luzern viel zu hohe Steuern bei den Bürgern eintreibt. Die erwarteten Erträge in den Jahren 2014 – 2018 wurden um satte 321 % übertroffen! Die Stadt Luzern weist im 2018 ein Einnahmenwachstum von 4,5 % aus. Dies lag wesentlich über der Geldentwertung oder anders ausgedrückt – der Steuertopf nahm überproportional zu! Es ist also nichts als fair und gerecht nun endlich die Bürger an den Steuererträgen teilhaben zu lassen und die Steuern zu senken. Schliesslich ist es der einfache Bürger, welcher die Stadtverwaltung finanziert.

Warum verwehrt sich der Stadtrat einer Steuersenkung?

Eigentlich ist es die normalste Sache der Welt. Wer zu viel bezahlt, bekommt ein Retourgeld. Es ginge ein lauter Aufschrei durch das Land, wenn etwa Migros oder Coop die Herausgabe eines Retourgeldes bei einem Einkauf verweigern würde und dies mit der Begründung, dass die Preiskalkulation vielleicht ja auch mal eng werden könnte. Beim Staat ist dies alltägliche Kommunikation. Politiker scheuen Steuersenkungen wie der Teufel das Weihwasser. Wenn der Staat über solide Finanzen mit tiefen Steuern verfügt, so lässt sich schlecht Klientelpolitik betreiben. Der links-grüne Stadtrat bestreitet natürlich energisch, Klientelpolitik zu betreiben. Aber die Wahrheit sieht anders aus:

- Geplante Velostation und Velotunnel von über 20 Mio. Franken im Bahnhofsbereich
- Projekt BaBeL/Basel-/Bernstrasse – seit über 15 Jahren werden Millionen in irgendwelchen sozialen Projekten versenkt – und niemand weiss eigentlich, wohin das Geld geflossen ist
- Quartierbüros – sogar die Quartiervereine haben keine Kenntnis, für welchen Zweck die Quartierbüros eröffnet wurden. In der Woche 41/2018 war das Quartierbüro Würzenbach infolge Ferienabwesenheit geschlossen. Die

Weiter auf Seite 6

Die Zahlen 2014 – 2018 sprechen eindeutig für eine Steuersenkung

Erwartetes Ergebnis 2018:	ca. 14,4 Mio.	Budget:	5,40 Mio.
Ergebnis 2017:	18,7 Mio.	Budget:	7,75 Mio.
Ergebnis 2016:	37,4 Mio.	Budget:	0,64 Mio.
Ergebnis 2015:	12,4 Mio.	Budget:	0,8 Mio.
Ergebnis 2014:	1,4 Mio.	Budget:	11,6 Mio.
Total Ergebnisse	**ca. 84,3 Mio.**	**Budget**	**26,19 Mio.**

zuständige Angestellte befand es nicht einmal für notwendig, an der Eingangstüre die Ferienabwesenheit zu kommunizieren. Dies war wohl auch nicht notwendig, da sowieso kein Bürger dieses Quartierbüro aufsucht!

- etc.

Die Steuersenkung um 1/10 Einheit ist längst überfällig und notwendig. Geben wir den Bürgern ihr Geld zurück!

Unwahre Aussagen des Stadtrates im Vorfeld der Abstimmung zur Steuererhöhung im Voranschlag 2013!

Die ständigen Drohungen der Stadt Luzern, dass zu wenig Geld vorhanden sei, ist eine alte Platte. Wenn der Stadtrat nun behauptet, dass für eine Steuersenkung im Jahre 2019 kein Geld vorhanden sei und in den fünf Jahren davor ca. 84,3 Millionen Franken Überschüsse erwirtschaftet wurden, so ist dies nicht mehr glaubwürdig.

Im Jahre 2013 wurden die städtischen Steuern um 1/10 Einheit erhöht. Die Steuererhöhung wäre gar nicht notwendig gewesen – im Gegenteil, sie war vollkommen überrissen. Dies zeigt auch, dass in der Zeit von 2014 bis 2018 ca. 84,3 Millionen Franken Überschüsse ausgewiesen werden. Um die Volksabstimmung zum Voranschlag 2013 zu gewinnen, setzte der Stadtrat auf Propaganda und verbreitete Unwahrheiten – und dies sehr massiv.

In der städtischen Publikation «Luzern – das Stadtmagazin», Ausgabe Oktober 2012, S. 2, zog der Stadtrat ganz massive Drohgebärden auf: «Sagen die Stimmberechtigten (…) Nein zu einer Steuererhöhung, sieht sich der Stadtrat gezwungen, ein 15-Millionen-Sparpaket mit einschneidenden Massnahmen umzusetzen.
Die gesamte Quartierarbeit wird gestrichen, es wird weniger geputzt, und es gibt weniger Betreuungsgutscheine für die Kinderbetreuung; Tourismusorganisationen, Quartier- und grosse Stadtfeste erhalten kein Geld mehr, die Sanierung von Schulhäusern und Betagtenzentren wird auf die lange Bank geschoben.» An anderer Stelle behauptete der Stadtrat etwa, dass er nicht mal das Geld habe, die Parkbänke zu unterhalten!

Tatsache ist, dass die Steuererhöhung im 2013 nicht notwendig war!

Und die Realität – sie ist vollkommen anders, als es die beschriebene Propaganda des Stadtrates im Jahre 2012 darstellte. Die Steuererhöhung im Jahre 2013 war vollkommen unnötig und überrissen. Mit einer unfairen Abstimmungskommunikation drückte der Stadtrat die Volksabstimmung durch und trieb in der Folge zu hohe Steuererträge ein. Die Folge sind die Überschüsse von ca. 84,3 Millionen Franken in den Jahren 2014 – 2018. Geld, das den Bürgern zu viel aus der Tasche gezogen wurde. Die beschriebenen Horrorszenarien des Stadtrates im Jahre 2012 waren Fake News und entbehrten jeglicher Grundlage.

Ein starkes Team für Luzern in den Kantonsrat

Adrian Achermann

10. Oktober 1979
Luzern
Ledig
Callcenteragent

Politische Schwerpunkte

- Sicherheitspolitik
- Gesundheitspolitik
- Weniger Bürokratie

Politik / Vereine

- Dampferfreunde
- Artillerieverein Luzern
- Stadtschützen Luzern
- Pro Tell
- Rega
- AUNS

Mehr Freiheit, weniger Bürokratie

Dieter Haller

bisher

13. Juni 1974
Luzern
Verheiratet
Inhaber Montage-Personaldienstleistungsfirma

Politische Schwerpunkte

- Optimale wirtschaftliche Entwicklung für Unternehmen im Kanton Luzern
- Umweltverträgliches, bezahlbares Bauen
- Weniger Regulierungen und Vorschriften

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2015
- Präsident SVP Stadt Luzern seit 2018
- Parteileitungsmitglied SVP Kanton Luzern seit 2018
- Delegierter SVP Schweiz seit 2018

Frei bleiben für ein starkes Luzern

Über 22 Millionen Franken für Veloparkplätze!

Im Zuge der vom Volk knapp beschlossenen Neugestaltung der Bahnhofstrasse will der Grosse Stadtrat auch gleich noch eine unterirdische Velostation erstellen, die gemäss Stadtrat rund 13,5 Millionen Franken kosten wird. Gleichzeitig lehnt es der Grosse Stadtrat aber ab, künftig Parkgebühren zu verlangen.

Damit gehen nicht nur die immensen Investitionskosten zu Lasten des Steuerzahlers, sondern auch die gesamten Unterhaltskosten. Zudem hat der Grosse Stadtrat aber auch ein Parkverbot für Velos auf der künftig autoarmen Bahnhofstrasse abgelehnt: Die Velos werden also auch in Zukunft auf der Strasse abgestellt, mindestens bei schönem Wetter. Die geplante Velostation wird so wirkungslos wie die Velostation beim Bahnhof Luzern. Diese ist aktuell nur zu 40 % ausgelastet und soll gemäss Beschluss der Öko-Allianz in Zukunft auch noch gebührenfrei sein.

CVP fehlt Mut zu Referendum

Bereits im Grossen Stadtrat wurde von der CVP beantragt, die Bevölkerung über die massive und wirkungslose Investition an der Bahnhofstrasse abstimmen zu lassen. Die Öko-Allianz wehrte sich dank knapper Mehrheit im Grossen Stadtrat erfolgreich gegen eine Volksabstimmung: Geld sei ja vorhanden und das käme dann schon gut. Wir von der SVP lassen uns von linken Öko-Fundamentalisten nichts vorschreiben und haben deshalb das Referendum dagegen ergriffen. Ganz im Gegensatz zur CVP, die es abgelehnt hat, beim Referendum mitzumachen: offenbar akzeptiert man dort die Befehlsdurchgabe von links.

Veloparking unter den Gleisen

Ein weiteres Veloparking ist unter den Gleisen der SBB geplant, im ehemaligen Posttunnel. Die SBB würden dieses Parking erstellen, ohne dass Kosten für die Stadt Luzern anfallen. Diese Variante ist für die Öko-Allianz aber noch nicht luxuriös genug: Der bestehende Zugang an der Habsburgerstrasse soll komplett zurückgebaut und durch eine Rampe ersetzt werden. Auch der bestehende Fahrstuhl soll dabei abgerissen und ein paar Meter weiter ein neuer gebaut werden.

Weiter auf Seite 8

Wo SVP draufsteht, ist auch SVP drin

Oliver Heeb

16. Januar 1964
Luzern
Geschieden
Sicherheit und Prävention

Politik / Vereine

- Einbürgerungskommission der Stadt Luzern
- Schweizerischer Alpenclub (SAC)
- Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP-Alumni)

Politische Schwerpunkte

- Asyl/Migration/Integration
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Landwirtschaft
- Umwelt + Energie
- Transparenz + Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung

kompetent – sachlich – konstruktiv

Cyrill Hotz

22. Juni 1974
Luzern
Ledig
Gastrofachmann

Politik / Vereine

- Golfclub

Politische Schwerpunkte

- Sicherheit und Verkehr

Damit wir uns sicher fühlen können im eigenen Land.

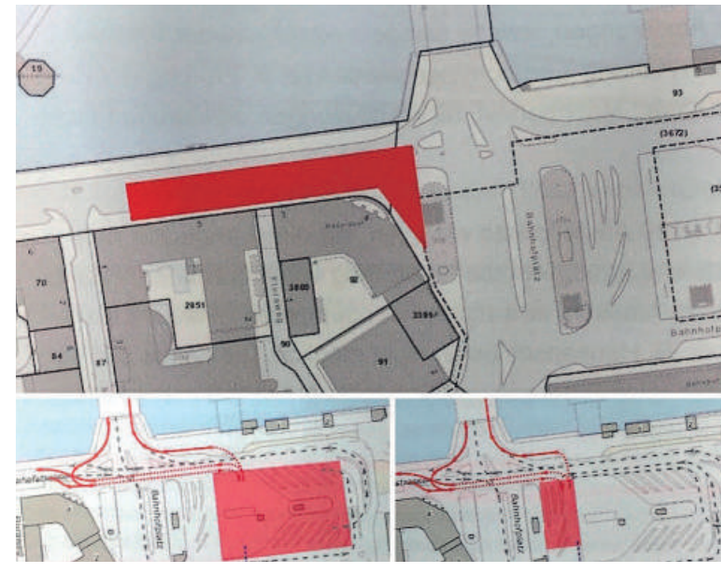
Insgesamt sollen 1100 Veloabstellplätze entstehen. Bei geschätzten Gesamtkosten von rund 13,5 Millionen Franken macht das gemäss Stadtrat ca. 12 400 Franken pro Veloparkplatz. Rechnet man sechs Veloparkplätze auf eine Fläche, so ergibt das etwa einen Autoparkplatz und 74 400 Franken Erstellungskosten. Ein Autoparkplatz in einer Einstellhalle kostet rund die Hälfte, aber im Verkauf, nicht bei den Erstellungskosten!

Fast 9 Millionen für gerade mal 270 zusätzliche Veloparkplätze

Die Mehrkosten betragen insgesamt rund 9 Millionen Franken. Dafür erhält die Stadt aber nur 270 zusätzliche Veloparkplätze. Das macht demzufolge über 32 000 Franken pro Veloparkplatz! Und als ob das nicht genug wäre: Der Velotunnel wird beim Baustart des Durchgangsbahnhofs wieder abgerissen. Gemäss Aussagen des Regierungsrats rechnet man damit, dass das bereits in zehn Jahren so weit ist. Es werden also buchstäblich Millionen an Steuergeldern im Boden verlocht.

Förderung des Langsamverkehrs mit Vernunft

Es ist klar, dass diese vielen Millionen für vorwiegend wirkungslose Veloparkplätze an anderen Orten fehlen werden. Bereits mit einem kleinen Teil dieses Geldes könnte man zahlreiche neue oberirdische Veloparkplätze erstellen oder bestehende überdachen. Es wäre möglich, den Langsamverkehr zu fördern, ohne dabei andere Verkehrsarten massiv zu beeinträchtigen. Dazu braucht es aber eine starke SVP, um den rot-grünen Ökofundamentalisten entgegentreten zu können.



Unterstützen Sie die SVP – wählen Sie Liste 2

Ilona Kaufmann

28. April 1964
Luzern
Verheiratet
Immobilienberaterin

Politik / Vereine

- Vizepräsidentin SVP Stadt Luzern

Politische Schwerpunkte

- Sicherheit und Schutz von Eigentum und Privatsphäre
- Sicherheit für natürliche und juristische Personen
- Schweizer Grundwerte und unsere christliche Identität schützen

Ein offenes Ohr für die Sorgen der Bürger

Pirmin Müller

bisher

31. August 1978
Luzern
Verheiratet, 1 Tochter
Geschäftsführer
www.pirmin-mueller.ch

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2013
- Mitglied der Justiz- und Sicherheitskommission
- Präsident Neuer Rütlibund
- Mitglied Grosser Kirchenrat
- Mitglied Schweizer Alpen-Club (SAC)

Politische Schwerpunkte

- Für mehr Sicherheit
- Für Freiheit und Selbstverantwortung
- Für christlich-abendländische Werte

Für Freiheit und Selbstverantwortung

Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen – ein Renner?

Verkehrsbedingter Lärm schadet der Gesundheit. Mit der Lärmschutzverordnung soll dem entgegengewirkt werden. Die Stadt und der Kanton Luzern sind in der Pflicht, die geforderte Lärmreduktion umzusetzen. Geplant ist deshalb, auf besonders lärmstarken Strassen das Tempo auf 30 zu reduzieren.

Die Tempo-30-Einführung aus Lärmschutzgründen ist meist politisch motiviert. Das zeigt sich daran, dass mittlerweile auch auf vielen Hauptverkehrsachsen Tempo 30 eingeführt werden soll, obwohl an diesen Strassen nur wenige Einwohner von einer Lärmsanierung profitieren könnten. Eine Temporeduktion hilft nicht gegen Strassenlärm – sie führt lediglich dazu, dass der Verkehr nicht mehr fliessen kann. Diesen Grundsatz vertritt die SVP Stadt Luzern nach wie vor und sie kann deshalb den Entscheid des Regierungsrates nicht nachvollziehen.

Gemäss Lärmschutzverordnung des Bundes stehen den Eigentümern der Strassen, also den Städten und Gemeinden, drei Sanierungsmassnahmen zur Verfügung, um ihre Bevölkerung vor einer übermässigen Lärmbelastung zu schützen. Es sind dies Schallschutzfenster, Flüsterbeläge (die effektivste Massnahme) und Temporeduktion (die Massnahme, die mit dem geringsten Aufwand verbunden ist). Das bedeutet, dass die meist rot-grün geprägten Regierungen in den Städten unter dem Deckmantel des Lärmschutzes ihr Ziel, den motorisierten Verkehr ganz aus den Städten zu verdrängen, durch die zunehmende Verlangsamung und die damit verbundene Behinderung des Verkehrsflusses durchsetzen können.

Allerdings wird dabei vergessen, dass die Fahrten im öffentlichen Verkehr auch auf der Strasse stattfinden. Vor allem die Busse werden durch die Temporeduktion auf Hauptverkehrsachsen ebenfalls verlangsamt und damit stark verteuert. Durch die Temporeduktion müssen auf den Kursen mehr Fahrzeuge eingesetzt werden, damit die Fahrpläne eingehalten werden können.

Die Strassen dienen alle einem Zweck, egal ob Wohnstrasse oder Hauptstrasse. Wenn nun alle Strassen gleich behandelt werden, dann wird der Automobilist den nächsten Weg suchen. Er wird wieder durch die Wohnquartiere fahren. Diese Quartier-Strassen würden dann wieder durch den Schleichverkehr mehr belastet. Der Verkehrsfluss wäre an Nicht-Spitzenzeiten nicht mehr gewährleistet.

Es macht wenig Sinn, wenn Millionen investiert werden, damit die Städte umfahren werden, und der Verkehr, der in die Stadt kommen muss, nicht bewältigt werden kann. Es braucht deshalb Durchfahrtstrassen, die eine gewisse Kapazität aufweisen. Die Kapazität leidet darunter, wenn Tempo 30 auf Kantonsstrassen eingeführt wird.

Herzlichen Dank für Ihre Stimme am 31. März 2019

Thomas Schärli

bisher

25. November 1979
Luzern
In Beziehung, 4 Kinder
Technischer MA im Bereich Energieoptimierung

Politik / Vereine
- Kantonsrat seit 2011,
- Grossstadtrat 2010–2011
- Vorstand SVP Stadt Luzern seit 2012
- Einwohnerrat Littau 2002–2004 + 2008–2010
- Urnenbüromitglied 2000–2010

Politische Schwerpunkte
- Für eine gute und berufsvorbereitende Bildung
- Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben
- Für mehr Sicherheit in Luzern

Der bürgerliche Mittelstand braucht eine klare Stimme im Kantonsrat.

Andreas Solyom

25. Oktober 1990
Luzern
Ledig
Taxifahrer

Politik / Vereine
- Wagenbaugruppe «Brüedere zum Fass»

Politische Schwerpunkte
- Verkehrsoptimierung in und um Luzern
- Verhinderung von sinnlosen Ausgaben
- Für ein sicheres Luzern
- Gute Bildung

Bringen wir frischen Wind in den Kantonsrat!

Spange Nord / Bypass

Die Wogen gehen hoch, wenn man auf das Thema Verkehr und die wachsenden Verkehrsprobleme zu sprechen kommt. Nicht anders ist dies bei der Spange Nord, die in der Stadt Luzern auf grosse Opposition stösst. Das Projekt muss in einen grösseren Kontext gestellt werden. Es dürfen nicht nur die Interessen der Direktbetroffenen in die Waagschale geworfen werden.

Der grössere Kontext bedeutet dabei, dass der Bund klar signalisiert hat, dass der Bypass nur erstellt wird, wenn im Gegenzug die Spange Nord gebaut wird. Der Bypass ist im nationalen Kontext wichtig, denn momentan hat die Stadt Luzern mit dem Sonnenbergtunnel ein grosses Nadelöhr, das nicht nur den Autobahnbenützer nervt, sondern auch die Umwelt durch ständiges Stop-and-go belastet.

Die Spange Nord entfaltet im kleinräumigeren Kontext eine grosse Wirkung. Entgegen den Behauptungen der Linken entsteht kein Highway durch ein Wohngebiet. Die Bodenversiegelung geschieht hauptsächlich, weil die Verkehrsarten entflechtet werden sollen. Also weil zusätzlich Bus- und Velospuren gebaut werden. All dies begrüssen wir als SVP, weil es zu einem effizienten Verkehrssystem führt. Das Projekt im kleinräumigeren Kontext zu sehen, bedeutet aber auch, dass man die Bedürfnisse der umliegenden Gemeinden in die eigene Haltung einfliessen lässt. Die Gemeinden im Rontal leiden heute unter hohem Verkehrsaufkommen, weil die linksgrüne Verkehrspolitik dazu führt, dass sich der MIV Ausweichrouten über andere Gemeinden suchen muss, um die Stadt zu umfahren oder auf die Autobahn zu gelangen. Ein attraktiver Autobahnanschluss führt dazu, den kürzesten Weg zu wählen, was zu weniger Umwelt- und Luftbelastung führt.

Auch die Stadt Luzern selber gewinnt mit der Spange Nord. Die diversen Projekte zur Attraktivierung der Innenstadt können mit der Umfahrung Spange Nord realisiert werden. Durchgehende Busspuren, Reduktion der Verkehrsmenge, längere Grünphasen für Fussgänger und die Gewinnung von neuem Raum würden möglich. Das ohne Einschränkung des zwingend nötigen Verkehrs für Gewerbe und Anwohner.

Die Stadt Luzern gewinnt aber nicht nur an Lebensqualität durch die Spange Nord. Durch die Aufrechterhaltung der Erreichbarkeit der Innenstadt bleibt sie auch fürs Gewerbe und die guten Steuerzahler attraktiv. Dass es in den letzten Jahren keine ausgewogene Verkehrspolitik in der Stadt gab, zeigt sich am Wegzug diverser Firmen und daran, dass das Steuersubstrat bei den natürlichen Personen im 2017 um mehrere Millionen gesunken ist. Die schlechter werdende Erreichbarkeit wird hier oft als Hauptgrund aufgeführt. So ergaben Umfragen beim Luzerner Gewerbe, dass für 62 % der Betriebe das Auto das wichtigste Verkehrsmittel ist. Beim Modalsplit liess sich der Anteil des MIV trotz zig Millionen an Investitionen nicht verkleinern und selbst in der Stadt besitzen 48 % der Haushalte ein Auto. Natürlich wirkt die Spange Nord nicht gegen alle negativen Auswirkungen der zu linken städtischen Verkehrspolitik. Es ist aber ein wichtiger Schritt, um die Stadt Luzern für alle erreichbar zu halten.

Wo SVP draufsteht, ist auch SVP drin

Mario Willimann

25. März 1980
Luzern
Ledig
Leiter Support Wirtschaftsinformatik
Eidg. dipl. Logistikleiter HFP

Politik / Vereine

- Grossstadtrat SVP Stadt Luzern seit 2016
- Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission seit 2018
- Mitglied Wirtschaftsverband WVL
- Mitglied Gesellschaft Fidelitas Lucernensis

Politische Schwerpunkte

- Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur
- Stärkung der KMU und des Luzerner Gewerbes
- Für eine gesunde Wirtschafts- und Steuerpolitik

standhaft – gradlinig – ehrlich

Lisa Zanolla

bisher

3. Februar 1970
Luzern
Verheiratet
Unternehmerin

Politik / Vereine

- Kantonsrätin seit 2015
- Grosser Stadtrat seit 2009
- BiKo-Präsidentin
- Vize SVP Kanton Luzern

Politische Schwerpunkte

- Stärkung der KMUs als tragende Pfeiler der Wirtschaft
- Ich setze mich ein für bestmögliche Rahmenbedingungen für unser Gewerbe
- Für eine bürgernahe Bildung

För Lozärn – Dini ond mini Heimat

Hausbesetzungen leicht gemacht

In der Stadt Luzern haben gewisse Anarchos ein neues Steckenpferd für sich entdeckt: Hausbesetzungen! Man suche eine leerstehende Liegenschaft, breche ein, hänge Transparente mit wohlklingenden Parolen aus den Fenstern, quartiere sich kostenlos ein und warte ab, wie die Eigentümer reagieren. Das scheint so spassig zu sein, dass es seit 2016 eine Häufung von Besetzungen gab.

Wie in solchen Situationen reagiert werden sollte, ist klar: Der Eigentümer stellt eine Anzeige und ermöglicht damit eine Strafverfolgung. Und das ist sinnvoll. Denn eine Hausbesetzung ist eine massive Eigentumsbeschränkung und ist nicht selten mit Sachbeschädigungen verbunden. Die Besitzer bleiben häufig auf den Kosten sitzen.

Gegen sogenannte «kreative Freiräume» oder eine Zwischennutzung leerstehender Liegenschaften ist nichts einzuwenden – wenn sie auf einvernehmlichem Weg zustande kommen! Wenn nicht, sind sie schlichtweg inakzeptabel. Besetzungen treten die verbrieften Eigentumsrechte unseres demokratischen Staates mit Füssen. Für die Stadt Luzern ist dies aber kein Problem. Ob nun aus Blauäugigkeit oder Sympathie, man lässt die Hausbesetzer gewähren.

Für die SVP Stadt Luzern ist das zögerliche und inkonsequente Verhalten der Stadtregierung nicht tragbar. Deshalb verlangen wir mit einer Motion die Ausarbeitung eines verbindlichen Reglements, mit dem die zuständigen Behörden verpflichtet werden, Hausbesetzungen innert 48 Stunden anzuzeigen und die Räumung zu verlangen. Es dürfen keine Verhandlungen mit den Besetzern aufgenommen werden und alle entstandenen Kosten sind den Tätern in Rechnung zu stellen. Kriminelles Verhandeln darf weder geduldet noch akzeptiert werden!

Unterstützen Sie die SVP – wählen Sie Liste 2

Patrick Zibung

22. Januar 1994
Luzern
Ledig
Wirtschaftsstudent HSG

Politische Schwerpunkte
- Verkehrspolitik
- Bürokratieabbau
- Gegen Hausbesetzer

Politik / Vereine
- Administrativer Leiter SVP Stadt Luzern
- Co-Präsident JSVP Kanton Luzern
- TCS
- Rega

Freie Fahrt für freie Bürger

Erwin Zollinger

13. Juli 1967
Luzern-Littau
2 erwachsene Kinder
Betriebsleiter Zentrum St. Michael

Politische Schwerpunkte
- Massvolle Migrationspolitik
- Sicherheit und Ordnung
- Gesunde Finanzen
- Adäquater öffentlicher Verkehr
- Erhaltung unserer christlichen Werte

Politik / Vereine
- AUNS
- IG Freiheit

Freiheit und Unabhängigkeit– weil es sich lohnt, sie zu schützen!

Der Tourismus als links-grünes Feindbild

Als Wirtschaftszweig müsste Luzern dem Tourismus eigentlich wohlwollend gegenüberstehen. Doch Politiker aus dem links-grünen Lager entdecken in der Tourismusbranche ein neues Feindbild. Als Teil ihrer tourismusfeindlichen Strategie versucht die links-grüne Allianz sogar die Bevölkerung aufzuwiegeln, sich gegen den Tourismus auszusprechen. Es braucht deshalb eine starke SVP-Vertretung in der Politik, damit der Tourismus, aus Sicht unserer Gäste wie als Wirtschaftsmotor unserer Region, die Wertschätzung erhält, die er verdient.

Die Bedeutung des Tourismus für die Stadt Luzern kann mit einigen wenigen Zahlen verdeutlicht werden. Über 8 Millionen Gäste besuchen Luzern jährlich, der weitaus grösste Teil sind Tagesgäste, aber auch die Hotellerie profitiert mit über 1,2 Millionen Übernachtungen. Die aus dem Tourismus generierte Wertschöpfung beträgt in der Stadt Luzern über 720 Millionen, davon sind über 7700 Arbeitsplätze abhängig. Erfreulicherweise kann sogar noch mit einer leichten Steigerung in den nächsten Jahren gerechnet werden, auch wenn, betreffend die Hotelkapazität, schon jetzt dem Wachstum eine Grenze gesetzt ist.

Doch wieso ist die Tourismusbranche in den letzten Jahren trotz der erfreulichen Wachstumszahlen so in Verruf geraten? Sicher, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen wie Industrie oder Bank- und Finanzwesen, findet die Wertschöpfung nicht am Stadtrand oder in der Agglomeration in ausgeschiedenen Industriegebieten oder «Business-Centern» statt. Der Tourist besucht jene Örtlichkeiten, wo sich auch die Bevölkerung gerne aufhält, nämlich das Zentrum der Stadt Luzern. So entstehen dann die Konflikte, dass wenn man etwas in Eile über die Kapellbrücke laufen will, man sich durch eine stillstehende, Selfies machende Touristengruppe den Weg bahnen muss oder ein den Carparkplatz Schwanenplatz aufsuchender Reisecar kurz den übrigen Verkehr beeinträchtigt.
Doch sind diese kleinen Aufreger letztendlich nicht einfach «Stellvertreterdiskussionen», um davon abzulenken, dass die Politik in der Stadt Luzern nicht selber in der Lage ist, ihren Teil beizutragen, damit der Tourismus die notwendige Infrastruktur erhält, um räumliche Konflikte zu vermeiden? Dass die Nutzung des Schwanenplatzes als Carparkplatz alles andere als optimal ist und von der Bevölkerung, schon aus optischer Sicht, eher negativ aufgenommen wird, ist verständlich. Doch konkrete Lösungsvorschläge wie die Projekte «Metro» oder «Parking Musegg» werden vom Stadtrat nicht oder nur sehr halbherzig weiterverfolgt.

Vielmehr wird der Reisecar als die grosse Bedrohung angesehen. Lösungsvorschläge seitens des Stadtrats und von links-grün zielen denn auch mehrheitlich darauf hin, den Reisecar und somit die Touristen weit von Luzern fernzuhalten. Noch gut in Erinnerung ist der Slogan zur Inseli-Abstimmung mit «Nein zur Blechlawine». Dass in einem Reisecar auch Menschen sitzen, welche sich in Ferien- und Freizeitlaune auf einen Besuch in Luzern freuen, wird ausgeklammert. Das neuste Schlagwort ist ein «Slotmanagement», also quasi eine Zufahrt in die Stadt Luzern nur auf Anmeldung und zeitlich beschränkt. Wie bei Lastwagen mit Warenladung schon praktiziert (z. B. Anlieferung in die Altstadt oder am Gotthard) sollen dereinst auch Touristen stundenlang vor einer Ampel warten müssen, bis ihnen die Einfahrt nach Luzern gewährt wird.
Doch auch zu Fuss unterwegs, ob individuell oder in einer Gruppe, wird die «Bedrohung» des Touristen wohl zu Unrecht heraufbeschworen. Sinnigerweise sind es links-grüne Parteien, welche sich ansonsten für unbeschränkte Zuwanderung und ein offenes Asylwesen einsetzen, die mit Argumenten wie Platzmangel oder sprachlichen Barrieren in Abwehrhaltung gehen, sobald eine Touristengruppe in Luzern aussteigt. Doch ein Tourist benötigt in der Regel keine staatlichen Leistungen in den Bereichen Soziales, Bildung oder Gesundheit, bezahlt jedoch mit seinem Aufenthalt die von ihm beanspruchte Verkehrs- und Kulturinfrastruktur.

Der Reisecar wird als die grosse Bedrohung angesehen. Lösungsvorschläge seitens des Stadtrats und von links-grün zielen denn auch mehrheitlich darauf hin, den Reisecar und somit die Touristen weit von Luzern fernzuhalten.

Wir stehen mit den gewählten Politikern der SVP in regem Austausch und bringen unsere Anliegen und Inputs aufs politische Parkett.

Neben dem politischen Engagement ist uns auch das Gesellige äusserst wichtig.

Das grösste Projekt der JSVP steht allerdings erst noch an. Ein von der JSVP geführtes Komitee hat Anfang Februar die kantonale Anti-Stau-Initiative lanciert.

Die jungen Wilden auf dem richtigen Weg

Viele unserer Kandidaten/-innen engagieren sich schon seit Längerem in den Ortsparteien der SVP und bringen sich so konstruktiv in der Realpolitik ein. Sofern es unsere Mitgliederzahlen zulassen, planen wir künftig in den Gemeinden mit Initiativen und Anträgen an Gemeindeversammlungen unsere Anliegen vermehrt einzubringen. So bietet sich in der Stadt Luzern bereits heute die Möglichkeit, mit 200 Unterschriften einen Bevölkerungsantrag einzureichen, mit dem sich dann das Parlament beschäftigen muss. Wir wollen uns künftig dafür einsetzen, dass es diese Möglichkeit auch in andern Gemeinden mit Parlamenten gibt, damit wir als aussenparlamentarische Kraft unseren Einfluss stärken können.

Als Jungpartei ohne direkte Vertretung in der Legislative oder Exekutive stehen wir mit den gewählten Politikern der SVP in regem Austausch und versuchen so unsere Anliegen und Inputs aufs politische Parkett zu bringen. So wird beispielsweise Nationalrat Franz Grüter auf unsere Anregung hin einen Vorstoss ausarbeiten, damit der Bund künftig keine Mehrwertsteuer auf Treibstoffabgaben mehr erheben kann. Treibstoffabgaben zu besteuern ist ein Unding, Gesellschaft und Wirtschaft verlieren dadurch jährlich 300 000 000 Franken. Aber nicht nur ungerechtfertigte Mehrwertsteuerzuschläge sind uns ein Dorn im Auge. Generell sind wir der Meinung, dass der Franken beim Bürger besser aufgehoben ist als beim Staat, und setzen uns daher für weniger Steuern ein. So zelebriert die JSVP jährlich den Tax-Freedom-Day. Also den Tag im Jahr, ab dem der Bürger in die eigene und nicht mehr in die Tasche des Staates wirtschaftet. Entgegen der gängigen Meinung bezahlt man in der Schweiz als Bürger sehr viel Geld an den Staat, so dass man bis Ende Juni nur für Steuern und Abgaben arbeitet. Ein freier Bürger aber verfügt unserer Meinung nach über einen möglichst grossen Teil seines Geldes selbst und zwingt damit den Staat zu haushälterischem Umgang mit den Finanzen. Freie Bürger sollen möglichst viele Freiheiten geniessen können und daher nicht von immer mehr Gesetzen eingeschränkt werden. Insbesondere nicht von solchen, die aus dem Ausland kommen und nur schwach bis gar nicht demokratisch legitimiert sind. Wir sind deshalb gegen das Tanzverbot an hohen Feiertagen und gegen strengere Waffengesetze aus dem Ausland. Weiter sind viele unserer Mitglieder für die Legalisierung von Cannabis. Auch wenn wir von solchen Lockerungen persönlich nicht zwingend profitieren, finden wir, solange wir nicht negativ dadurch beeinträchtigt werden, andere aber davon profitieren können, dass solche Gesetze aus den Gesetzbüchern gestrichen gehören.

Freie Bürger wählen ihre Verkehrsmittel selbst, ohne dass irgendwelche Ideologen ihnen Vorschriften machen. Dazu kämpften wir vor rund zwei Jahren mit einer Parkplatzbesetzung in der Stadt Luzern gegen den Abbau von Parkplätzen. Während Hausbesetzer wochenlang Privateigentum ungesühnt besetzen können, wurden gegen unsere harmlose Aktion sämtliche juristischen Geschütze aufgefahren.

Neben dem politischen Engagement ist uns auch das Gesellige äusserst wichtig. Monatlich halten wir unsere Parteileitungssitzung ab und alle drei Monate fassen wir an den Mitgliederversammlungen die Parolen zu den Abstimmungen. Teilweise koppeln wir diese Versammlungen mit nicht politischen Anlässen. Dazu zählen Besichtigungen, Paintball oder Gokart fahren. Auch der Austausch mit den verschiedenen Jungparteien und den JSVP-Sektionen der Zentralschweiz ist uns wichtig. So gingen wir Anfang Jahr mit diversen JSVPlern aus der Zentralschweiz sowie den Jungfreisinnigen Paintball spielen. Ebenso veröffentlichen wir mit allen Jungparteien des Kantons Luzern ein Wahlaufrufvideo, mit dem Ziel, dass mehr Junge an die Urne gehen.

Hoffentlich werden dadurch viele JSVP-Sympathisanten wählen gehen, denn die Jungen sind diejenigen, die am längsten mit den Fehlentscheiden einer zu linken Politik leben müssen. Das grösste Projekt der JSVP steht allerdings erst noch an. Ein von der JSVP geführtes Komitee hat Anfang Februar die kantonale Anti-Stau-Initiative lanciert. Daneben führen wir einen aktiven Wahlkampf mit rund 20 kandidierenden JSVPlern. Besonders erfreulich ist dabei, dass wir im Amt Entlebuch mit einer vollen JSVP-Liste, mit kompetenten und abwechslungsreichen Kandidierenden, antreten können. In den anderen Ämtern treten die JSVPler auf der Liste der SVP an und unterstützen so aktiv die Mutterpartei.

Was hat die SVP-Fraktion in den letzten vier Jahren erreicht und was sind die neuen Herausforderungen?

Steuern steigen nicht! Auftrag erfüllt und gute Arbeit geleistet! Die SVP-Fraktion ist unter der Leitung von Fraktionschef Guido Müller 2015 mit dem Versprechen, sich für einen sicheren, lebenswerten und attraktiven Kanton Luzern einzusetzen, in die Legislatur 2015 eingestiegen. Die Fraktion hat den Auftrag, sich für den Kanton Luzern als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu engagieren und sich für ein leistungsfähiges Gewerbe, einen starken Mittelstand und ein sicheres Zusammenleben einzusetzen. Mit dem Versprechen, Sorge zu den Grundwerten der SVP zu tragen, hat die 29 Personen umfassende Fraktion den Auftrag in den letzten vier Jahren umgesetzt.

Mit 113 Vorstössen hat die SVP-Fraktion, bei insgesamt knapp 700 Vorstössen von den bürgerlichen Fraktionen, am meisten Anfragen, Postulate oder Motionen eingereicht. Wobei wir immer wieder festhalten, dass nicht die Quantität der Vorstösse, sondern deren Qualität entscheidend ist. Bei vielen unserer Anfragen kam die Regierung «ins Schwitzen» resp. konnte die Fragen nicht zu unserer Zufriedenheit beantworten. Mit den Postulaten oder Motionen konnten wir einiges auslösen, wurden aber mehrmals von den anderen bürgerlichen Parteien im Stich gelassen und konnten so die wirklichen bürgerlichen Anliegen nicht in Gesetzen, Verordnungen oder Ähnlichem einbringen.

Neben den Vorstössen wurden über 150 Botschaften für Gesetzesanpassungen, Änderungen von gesetzlichen Grundlagen und Weiteres beraten

Hier liegt die Hauptarbeit einer Fraktion. Die Botschaften werden in den Kommissionen beraten, angepasst und anschliessend dem Rat vorgelegt. Dabei gibt es sehr einfache Botschaften mit einem Umfang von 10 Seiten. Es gibt aber auch Botschaften, die so dick wie ein Telefonbuch sind.

Alleine die Botschaften mit dem Budget, dem Aufgaben- und Finanzplan oder der Rechnung sind sehr umfangreich. Diese zu beraten stellt jeweils eine Herausforderung dar. Daneben gibt es Botschaften, die jeweils für zig Jahre die Grundlage für den Kanton bilden. Als Beispiel sei da das Finanzhaushaltsgesetz für die Gemeinden erwähnt. Aber auch Botschaften, die auf den ersten Blick nicht spannend aussehen, können eine sehr grosse Herausforderung sein. Als gutes Beispiel kann das Energiegesetz aufgeführt werden. Der erste Vorschlag der Regierung war so gegen den Mittelstand, gegen die Unternehmen und gegen jegliche Vernunft, dass dies vom Kantonsrat bachab geschickt wurde.

Im Bereich Justiz und Sicherheit waren wir mit einer Ergänzungsbotschaft zu unserer Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» gestartet. Hier musste der Regierungsrat nachbessern, weil er vom Bundesgericht zurückgepfiffen wurde. Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sind es mehrheitlich sehr fachtechnische Botschaften, wie zum Beispiel der Entwurf zur Änderung des Einführungsgesetzes des Bundes über Schuldbetreibung und Konkurs oder die Schaffung einer Anlaufstelle in Verwaltungsangelegenheiten.

Eine ebenso technische Botschaft war die Teilrevision des Justizgesetzes, in der es um die Einzelrichter und Einzelrichterinnen ging. Diverse Botschaften wurden im Bereich Tief- und Hochbau beraten und zur Ausführung verabschiedet. Unter anderem die Rümligbrücke in Schachen, das Hochwasserrückhaltebecken in Ballwil, das Investitionsprojekt Neuerschliessung Sörenberg–Rothorn, der Bau eines Asylzentrums in Kriens oder die Sanierung des Schulgebäudes BBZW+G in Sursee plus die Sanierung des Heilpädagogischen Zentrums Hohenrain. Im Bildungs-

«Die SVP-Fraktion hat am meisten Anfragen von den bürgerlichen Fraktionen eingereicht. Wir halten aber fest, dass nicht die Quantität der Vorstösse, sondern deren Qualität entscheidend ist.»

Urs Dickerhof, SVP-Fraktionschef

*«Als einzige Partei musste die SVP gegen die gesamte ‹Classe politique› im Kanton antreten. Man belächelte uns.
Und siehe da: Die SVP verhinderte den Steueranstieg!»*

bereich wurde eine von der SVP unterstützte Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» wieder einmal als ungültig erklärt. 2015 wird zum ersten Mal der Bildungs-Kostenteiler zwischen Gemeinden und dem Kanton debattiert. Diese Diskussion wird sich auch 2019 noch fortsetzen. Ein Riesenprojekt mit Kostenfolge von ca. 12 Millionen wird mit dem Aufbau und Betrieb einer Schuladministrationslösung gestartet.

Im Sozial- und Gesundheitsbereich wurden ebenfalls viele Projekte und Anpassungen an Gesetzen vorgenommen. Diverse Gesetze werden aufgrund des Berichts über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern aufgearbeitet. Dieser Bericht begleitete den Kantonsrat über die Legislatur. Gleichzeitig wurde ein Evaluationspapier über die Kosten der Pflege- und der Spitalfinanzierung vorgelegt. Aus diesen Botschaften abgeleitet wurde die Schaffung eines Betreuungs- und Pflegegesetzes und damit ein Entwurf über die Finanzierung der Pflegeleistungen der Krankenversicherung vorgelegt.
Aber am meisten beschäftigte sich der Kantonsrat mit den Finanzen. Bereits im September 2016 wurde ein Konsolidierungsprogramm (KP17) diskutiert und es wurde schnell klar, dass die Situation sich so gestaltete, dass die Regierung eine Steuererhöhung in den Raum stellte.
Der Einleitungstext in die Botschaft lautete: Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat ein Massnahmenpaket zur Sanierung des Finanzhaushalts bis 2019 vor. Er beantragte dem Kantonsrat eine Kombination von Sparmassnahmen bei der Verwaltung und verschiedenen Bezügern kantonaler Leistungen sowie Einnahmenerhöhungen. Die verbleibende Finanzierungslücke soll mit einer Erhöhung des Steuerfusses um 1/10 Einheit per 2017 geschlossen werden. Bei einer Ablehnung der Steuererhöhung droht eine Neuverschuldung, die mit der heute gültigen Schuldenbremse nicht vereinbar wäre.
Mit dieser Botschaft beschäftigen wir uns weiter, wahrscheinlich auch in der neuen Legislatur. Die SVP-Fraktion war nicht in allen Teilen mit der Botschaft einverstanden. Vor allem nicht mit der Erhöhung des Steuerfusses. Die Fraktion der SVP hat als einzige Partei konsequent gegen höhere Steuern, Abgaben und Gebühren gekämpft und somit einen der wichtigsten Aufträge umgesetzt.

Beim Grundanliegen Steuern konnten wir einen sehr grossen Erfolg zusammen mit der kantonalen Partei feiern. Der Kantonsrat inklusive der bürgerlichen Parteien hatte gegen die Stimmen der SVP-Fraktion beschlossen im Kanton Luzern die Steuern zu erhöhen. Gemeinsam mit der kantonalen Partei wurde das Referendum dagegen ergriffen. Als einzige Partei musste die SVP gegen die gesamte «Classe politique» im Kanton antreten. Man belächelte uns. Und siehe da: Die SVP verhinderte den Steueranstieg!
Der Rest der Botschaft KP17 wird kontinuierlich fortgesetzt. Im Moment beschäftigt sich der Kantonsrat mit der Aufgaben- und Finanzreform zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Eigentlich wurde ein gutes Paket zwischen dem Kanton und den Gemeinden geschnürt. Leider beinhaltet auch dieser Vorschlag eine Steuererhöhung bei den Unternehmens- und Vermögenssteuern. Die Fraktion der SVP wird keiner Steuererhöhung für die Unternehmen zustimmen. Da müssen Lösungen an anderer Stelle gefunden werden. Im Mai 2019 werden wir über diese Reform an der Urne abstimmen können. Damit würde auch entschieden, wie zukünftig die Kosten der Bildung zwischen den Gemeinden und dem Kanton aufgeteilt werden. Die Fraktion der SVP ist klar für diese neue Aufteilung und lebt somit nach dem Prinzip der Aufgaben-, Kompetenzen- und Verantwortungsverteilung (AKV). Aus Sicht der SVP-Fraktion kann der Kanton nicht darüber bestimmen, was in der Schule so alles abläuft, und die Gemeinden und ihre Steuerzahler müssen alles berappen.
Zusammenfassend kann die Fraktion auf eine intensive Legislatur zurückschauen. Sie war grossmehrheitlich von der Finanzlage des Kantons geprägt. Aber man darf auch stolz sein in so einem Kanton zu wohnen und für diesen zu arbeiten, wenn man eine Langzeitbetrachtung macht. Der Kanton Luzern ist gut aufgestellt. Er ist aus der Steuerhölle zu einem normalen und bezahlbaren Kanton entwachsen. Umso wichtiger ist es, dass die SVP weiterhin ihren Weg der tiefen Steuern für die Menschen und ihre Unternehmen geht. Die Herausforderung in der Zukunft wird nicht kleiner. Darum sind die Grundwerte der SVP immer noch die richtigen.
Im Herbst 2018 übergab mir Guido Müller, aus beruflichen Gründen, die Fraktion. An dieser Stelle bedanke ich mich nochmals bei Guido für seine Arbeit gegenüber der Fraktion, der Partei und unserer Bevölkerung.
Ebenso bedanke ich mich für die Unterstützung bei der Fraktion, die mit 29 Personen die zweitgrösste Fraktion im Kantonsrat darstellt. Somit gestalten wir den Kanton mit und tragen Verantwortung. Dies wollen wir auch in Zukunft tun!

Zum Schluss noch dies

Trotz Sicherheitslücken und Warnungen von Fachleuten will der Bundesrat E-Voting flächendeckend einführen. Dabei ist die elektronische Stimmabgabe eine grosse Gefahr für die direkte Demokratie: Die Schweiz wird ein interessantes Angriffsziel für staatliche und nichtstaatliche Angreifer. Und ist das Vertrauen in unsere Abstimmungs- und Wahlsysteme einmal gebrochen, gibt es kein Zurück mehr. Darum ziehen wir jetzt gemeinsam die Notbremse! Unterstützen Sie bitte die Volksinitiative für ein E-Voting-Moratorium.

So wählen Sie optimal die SVP

1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert und entnehmen Sie die Stimmunterlagen.
2. Trennen Sie die SVP-Liste Nr. 2 für die Kantonsratswahlen ab. Trennen Sie weiter die Liste der SVP für die Regierungsratswahlen ab.
3. Legen Sie die beiden Listen in das Wahlcouvert. Es darf nur je eine Liste im Couvert sein – eine für die Kantonsratswahlen und eine für die Regierungsratswahlen. Kleben Sie das kleine Wahlcouvert zu.
4. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis im dafür vorgesehenen Feld.
5. Stecken Sie das kleine Wahlcouvert zusammen mit dem unterschriebenen Stimmrechtsausweis in das Rücksendecouvert der Gemeinde.
6. Übergeben Sie das Stimmcouvert rechtzeitig der Post. Schicken Sie die Unterlagen per A-Post spätestens vier Tage vor der Wahl. Sie können das Rücksendecouvert auch direkt in den Briefkasten der Gemeindekanzlei werfen.
7. Falls Sie an der Urne wählen, reicht es, wenn Sie die SVP-Kantonsratsliste und die SVP-Regierungsratsliste mitnehmen. Bitte beachten Sie die Öffnungszeiten des Urnenbüros in Ihrer Gemeinde.

1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.
2. SVP-Liste 2 und Liste Regierungsratswahlen abtrennen.
3. Legen Sie je eine Liste in das Wahlcouvert.
4. Stimmrechtsausweis unterschreiben.
5. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.
6. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Unterstützen Sie die SVP auch bei den Regierungsratwahlen! Paul Winiker, der erfahrene Regierungsrat, verdient unsere volle Unterstützung.

Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:

- **Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten**
- **Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen**
- **Wir wollen für alle die Steuern senken**

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.

Unterstützen Sie uns dabei!

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

❑ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiunterlagen zu.
❑ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
❑ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname _____ Name _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

E-Mail _____ Telefon _____

Geb.-Datum _____ Unterschrift _____

Ausschneiden und senden an: SVP Kanton Luzern, Postfach, 6000 Luzern
oder Internet: www.svplu.ch. Spenden auf PC-Konto 60-29956-1